

Berlin intern



**Informationsschrift des
CDU-Bundestagsabgeordneten
Erich G. Fritz
für den Wahlkreis Dortmund**



Zwischenbilanz – unsere Politik hat sich bewährt

Von der Jobcenterreform bis zur Städtebauförderung

Nach rund eineinhalb Jahren der laufenden Wahlperiode hat die Regierungskoalition bereits wichtige Gesetzgebungsprojekte realisiert:

Jobcenterreform

Die seit der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts im Jahr 2007 anhängige verfassungskonforme Neuregelung der Jobcenter-Reform wurde erfolgreich umgesetzt. Die bewährte Arbeitsvermittlung aus einer Hand wurde auf eine verfassungskonforme Grundlage gestellt. Arbeitssuchende können in verbesserten und leistungsfähigeren Jobcentern auf die Kompetenzen und Erfahrungen der Bundesagentur für Arbeit und der Kommunen Zugriff nehmen. Die 69 Optionskommunen, für deren Erhalt sich die Union eingesetzt hatte, wurden entfristet. Zusätzlich wurden weitere 41 Optionskommunen zugelassen. Dies gibt weiteren Landkreisen und kreisfreien Städten Gelegenheit zur eigenverantwortlichen Wahrnehmung der Betreuung von Langzeitarbeitslosen.

Ziel der Koalition war von Anfang an eine gleichberechtigte und partnerschaftliche Zusammenarbeit von Kommunen und Bundesagentur für Arbeit vor Ort. Eine von der SPD favorisierte zentralistische Lösung wurde damit verhindert.

Bezugsfrist für das Kurzarbeitergeld

Die Vorschriften für das konjunkturelle Kurzarbeitergeld wurden verlängert. Unter anderem wurde geregelt, dass auch für die im Jahr 2010 begonnene Kurzarbeit eine Laufzeit bis 18 Monate (statt sechs Monate) möglich ist.

Verbesserung Schonvermögen für SGB II-Leistungsbezieher

Mit dem am 26. März 2010 beschlossenen Sozialversicherungs-Stabilisierungsgesetz wurde der Freibetrag für Altersvorsorgevermögen bei Personen im SGB II-Leistungsbezug von 250 Euro auf 750 Euro je vollendetes Lebensjahr angehoben.

Neuregelung des Beschäftigtendatenschutzes

Die CDU/CSU-Fraktion hat sich für einen transparenten und wirksamen Beschäftigtendatenschutz eingesetzt. Ein wichtiger Erfolg ist z.B. eine Beschränkung des Rechts der verdeckten Videoüberwachung im Betrieb auf Strafverfolgungsorgane.

Kontakt

Erich G. Fritz MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. (030) 227-73111
Fax (030) 227-76733
erich.fritz@bundestag.de
www.erich-fritz.de

Tarifliche Mindestlöhne in der Zeitarbeit

Mit dem Gesetz zur Änderung des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes wurde die rechtliche Grundlage für eine allgemeine Lohnuntergrenze in der Zeitarbeit geschaffen. Ein weiterer Branchen-Mindestlohn trat für die Pflege in Kraft. Zum 01. Juli 2011 ist ein Mindestlohn im Wach- und Sicherheitsgewerbe erfolgt. Insgesamt gibt es in Deutschland zehn Branchen-Mindestlöhne.

Regelsatzreform/Bildungspaket

Die Regelsatzreform in Verbindung mit dem Bildungspaket bringt mehr Chancengleichheit für Kinder, mehr Hilfe für Langzeitarbeitslose und mehr Unterstützung und Entlastung für die Kommunen.

Aus kommunaler Sicht war es wichtig, dass die Trägerschaft für das Bildungspaket bei den Kommunen bzw. den kommunalen Trägern in den Jobcentern liegt und nicht bei der Bundesagentur für Arbeit. Die Länder können eine kommunale Aufgabenverantwortung für das Bildungspaket auch nach dem Bundeskindergeldgesetz, dem Wohngeldgesetz und dem SGB XII ermöglichen.

Der Bund übernimmt für die Kommunen die vollen Kosten für das Bildungspaket von rund 1,6 Mrd. Euro jährlich für den Zeitraum 2011 bis 2013. Zusätzlich erfolgt eine Erhöhung für die Leistungsausgaben des Bildungspakets pauschal mit +5,4 Prozentpunkten. Eine Anpassung erfolgt zukünftig anhand der tatsächlichen Ausgaben.

Breitbandversorgung in Sicht

Bis 2014 sollen für 75 Prozent der Haushalte Anschlüsse mit Übertragungsraten von mindestens 50 MBit/s zur Verfügung stehen. Ein flächendeckendes Angebot in diesem Bandbreitenbereich ist bis 2018 vorgesehen. So sieht es die Strategie der Bundesregierung vor, die im November 2010 verabschiedet wurde, und darauf abzielt, die deutsche Wirtschaft weiter zu vernetzen und im IKT-Sektor bis zum Jahr 2015 ca. 30.000 neue Arbeitsplätze zu schaffen.

Im Dezember 2010 hat auch das Breitbandbüro des Bundes (BBB) seine Arbeit aufgenommen. Dort stehen Fachleute Kommunalvertretern Rede und Antwort. Mehr unter <http://www.breitbandbuero.de/>.

Ausbau familienpolitischer Leistungen

Zu Beginn der Wahlperiode wurden Familien mit Kindern bei der Einkommensbesteuerung zusätzlich entlastet: Der Kinderfreibetrag wurde von 6.024 Euro auf 7.008 Euro aufgestockt. Auch das monatliche Kindergeld wurde um 20 Euro erhöht, wovon gerade die Bezieher unterer und mittlerer Einkommen profitieren. Zur Unterstützung von Geringverdiener-Familien werden auf dem Wege einer Ausweitung des Kindergeldzuschlages zusätzlich 83 Mio. Euro jährlich für Bildungs- und Teilhabeleistungen ausgegeben. Damit wurde verhindert, dass Familien, die ihren Unterhalt selber erwirtschaften, gegenüber SGB II-Leistungsbeziehern schlechter gestellt sind.

Familienpflegezeitgesetz

Das Familienpflegezeitgesetz, das zum 01. Januar 2012 in Kraft treten soll, ist ein wichtiger Schritt zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Pflege. Pflegenden Angehörigen wird ermöglicht, bis zu zwei Jahren ihre Erwerbstätigkeit zu reduzieren, um mehr Zeit für die Pflege ihrer Angehörigen zu haben, ohne massive Gehaltseinbußen hinnehmen zu müssen. In der bis zu zwei Jahre dauernden Pflegephase wird die Erwerbstätigkeit auf 50 Prozent reduziert, wobei 75 Prozent des Lohns bezogen werden. Um den Ausgleich zu erzielen, wird anschließend für denselben Zeitraum Vollzeit für 75 Prozent des Gehalts gearbeitet. Darüber hinaus wird die Pflegezeit in der gesetzlichen Rentenversicherung anerkannt, so dass es in den allermeisten Fällen zu keinerlei Einbußen bei den Rentenanwartschaften kommen wird.

Städtebauförderung

Entgegen ursprünglichen Sparvorhaben hat die christlich-liberale Koalition beschlossen, die Städtebauförderung im Jahr 2011 auf einem Niveau in Höhe von 455 Mio. zu halten. Die Haushaltsberatungen für 2012 sind noch nicht abgeschlossen. Die eigentlich vorgesehene Kürzung der Förderung auf 266 Mio. für die Jahre 2012 und 2013 ist jedoch vom Tisch. Die Koalition setzt sich dafür ein, das trotz der erforderlichen Sparanstrengungen im Jahr 2012 eine vergleichbare Größenordnung von mindestens 410 Mio. Euro zur Verfügung stellen. Auch im kommenden Jahr soll ein zusätzliches Investitionsvolumen von bundesweit über 3,5 Mrd. Euro vor Ort angestoßen werden.

Neues Wahlrecht für Deutschland

Das Bundesverfassungsgericht hatte in seinem Urteil vom 3. Juli 2008 eine Neuregelung des Bundestagswahlrechts bis zum 30. Juni 2011 verlangt, da das bisher angewendete Verfahren zu einem „negativen Stimmgewicht“ führen kann (mehr Zweitstimmen für eine Partei können unter Umständen weniger Sitze im Deutschen Bundestag für diese Partei bedeuten). Um diese widersinnige Funktionsweise zu beseitigen, hat die christlich-liberale Koalition einen Gesetzesentwurf eingebracht, der das Verteilverfahren umkehrt.

Umkehrung des Verteilverfahrens

Bislang wurden die Zweitstimmen zunächst auf die bundesweit verbundenen Listen der Parteien und dann auf die Landeslisten der jeweiligen Partei verteilt. Künftig erfolgt zunächst die Verteilung auf die Länder und dann innerhalb der Länder auf die Parteien. Dazu wird in einem ersten Schritt festgestellt, wie viele Sitze auf das jeweilige Land entfallen, was sich aus der Anzahl der Wähler in den einzelnen Ländern ergibt. In einem zweiten Schritt werden die auf ein Land entfallenen Sitze auf die dort zu berücksichtigenden Landeslisten verteilt, also jene Listen, die bundesweit die Fünf-Prozent-Hürde übersprungen haben. Durch die Aufhebung der bundesweiten Listenverbindungen wird der Effekt des „negativen Stimmgewichts“ verfassungskonform beseitigt. Isoliert angewendet, wirft dieses Verfahren ein neues Problem auf: Reststimmen, die in den jeweiligen Ländern für kein weiteres Mandat mehr reichen, würden verfallen. Dies wäre insbesondere für kleine Parteien in kleineren Bundesländern schmerzlich.

Überhangmandate

Überhangmandate sind nicht Ursache für das „negative Stimmgewicht“, sondern im Zusammenspiel mit ihnen die miteinander verbundenen Landeslisten. Ausgleichsmandate würden das „negative Stimmgewicht“ nicht beseitigen und somit auch nicht den Auftrag des Bundesverfassungsgerichtes erfüllen. Entgegen unserer Kollegen aus der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis90/Die Grünen halten wir daran fest, dass die Wähler mit der Erststimme einen Kandidaten direkt wählen können, ohne dass dieser Kandidat wegen des Erfolgs seiner Partei bei den Zweitstimmen sein Mandat wieder aberkannt bekommen kann.

Für ein Verbot der Präimplantationsdiagnostik (PID)

Am 07. Juli hat der Deutsche Bundestag über die gesetzliche Regelung zur Präimplantationsdiagnostik abgestimmt. Erich G. Fritz hat sich im Diskussionsprozess und in der namentlichen Abstimmung aus folgenden Gründen für ein Verbot der PID eingesetzt.

Gründe für ein Verbot

Menschliches Leben beginnt mit der Verschmelzung von Ei und Samenzelle. Ab diesem Zeitpunkt entwickelt sich der Mensch als Mensch. Für eine Entscheidung über die PID muss deshalb der Schutz des menschlichen Lebens Richtschnur sein.

Die Selektion von Embryonen nach „lebenswertem“ und „nicht lebenswertem“ Leben verletzt die Menschenwürdegarantie nach Art. 1 des Grundgesetzes. Eine Gesellschaft, die eine solche Einteilung zulässt, verliert ihre Menschlichkeit.

Anders als der Schwangerschaftskonflikt lässt die PID keine Abwägung zwischen den Rechten und Interessen der Mutter und denen des Kindes zu. Die Entscheidung fällt immer gegen den genetisch belasteten Embryo. Die Zulassung der PID würde wie Selektion von Krankheit und Behinderung wieder in die deutsche Rechtsordnung einführen.

Viele Betroffene, die mit einer Behinderung oder Erkrankung leben, die mittels PID aussortiert werden soll sowie deren Eltern empfinden dieses Verfahren als Diskriminierung und Stigmatisierung. Die Zulassung der PID liefe den Inklusions- und Teilhabebemühungen unserer Gesellschaft zuwider.

Viele der genetisch bedingten Erkrankungen lassen sich heute gut behandeln. Häufig haben die Betroffenen eine ganz normale oder nur wenig geringere Lebenserwartung als gesunde Menschen.

Die Erfolgsraten der PID sind gering: Für 80 Prozent der betroffenen Frauen endet die PID nicht mit der Geburt eines Kindes.

Schließlich ist die PID keine Antwort für ein Leben ohne Behinderung. Körperliche und intellektuelle Beeinträchtigung werden auch im Falle einer Zulassung der PID Bestandteil menschlicher Vielfalt sein.

Ausstieg aus der Kernenergie

Am 30. Juni hat der Deutsche Bundestag den Ausstieg aus der Kernenergie und den Umstieg auf die erneuerbaren Energien beschlossen. Der schnelle Ausbau der Windkraft und der Stromnetze sowie die stärkere Förderung des Energiesparens in Gebäuden sind wichtige Bestandteile der Beschlüsse. Spätestens Ende 2022 soll das letzte deutsche Kernkraftwerk vom Netz gehen. Dafür gibt es eine klare und rechtsverbindliche Festlegung mit einem genauen Stufenplan. Mehr Informationen unter <http://www.bundesregierung.de>.

Zahlen und Fakten

Erwerbsbeteiligung älterer Menschen nimmt zu

In den letzten Jahren hat die Erwerbsbeteiligung älterer Menschen in Deutschland deutlich zugenommen. Die Erwerbstätigenquote der 55- bis 64jährigen stieg zwischen 2000 und 2009 von 37 Prozent auf 56 Prozent und damit so stark wie in keiner anderen Altersgruppe. (Quelle: Statistisches Bundesamt)

Reallöhne steigen

Die Reallöhne, das heißt die preisbereinigten Monatsverdienste vollzeitbeschäftigter Arbeitnehmer, sind im ersten Quartal 2011 im Vergleich zum Vorjahr um durchschnittlich 2 Prozent gestiegen. Ein vollzeitbeschäftigter Arbeitnehmer verdiente in Deutschland im ersten Quartal dieses Jahres ohne Sonderzahlungen im Durchschnitt 3.264 Euro brutto im Monat. Die höchsten Durchschnittsverdienste erzielten die Beschäftigten in der Energieversorgung (4.322 Euro), bei Banken und Versicherungen (4.315 Euro) sowie im Bereich Information und Kommunikation (4.299 Euro). Der niedrigste durchschnittliche Bruttomonatsverdienst wurde im Gastgewerbe (1.951 Euro) gezahlt. (Quelle: Statistisches Bundesamt)

Elterngeld: Väterbeteiligung steigt weiter

Der Anteil der Väter, die Elterngeld in Anspruch nehmen, ist im Jahresverlauf 2009 weiter gestiegen. Das Statistische Bundesamt teilte mit, dass Väter im Jahr 2009 bei rund 157.000 der insgesamt 665.000 geborenen Kinder Elterngeld bezogen haben. Dies entspricht einer Väterbeteiligung von 23,6 Prozent. Mütter bezogen in durchschnittlich 96 Prozent der Fälle Elterngeld. (Quelle: Statistisches Bundesamt)

Wirtschaftsrat Deutschland – Erich G. Fritz auf dem Podium

Erich G. Fritz hat aktiv am Wirtschaftstag 2011, einer wirtschaftspolitischen Großveranstaltung mit 2300 Gästen, mitgewirkt. Gemeinsam mit Persönlichkeiten wie Friedrich Merz und dem Präsidenten des Bundesverbandes Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen e.V. Anton F. Börner wurde über die Auswirkungen der Globalisierung nach der Krise diskutiert. Gerade vor dem Hintergrund der bevorstehenden Energiewende und der europäischen Schuldenkrise ist es wichtig, dass Wirtschaft und Politik gemeinsam ein kraftvolles Signal für eine marktwirtschaftliche und zukunftsorientierte Ausrichtung setzen. Nur so kann es gelingen, den Wachstumskurs beizubehalten.

Bildung der interfraktionellen Arbeitsgruppe Visa-Liberalisierung Russland

Parlamentarier aus verschiedenen Fraktionen haben sich zusammengeschlossen, um zukünftig über das Thema Visa und Visa-Erleichterungen im deutsch-russischen Austausch und die bestehenden Visa-Probleme zu sprechen. Erich G. Fritz wurde als Vertreter der CDU/CSU-Bundestagsfraktion benannt und hat sich in der ersten Sitzung am 29. Juni 2011 dafür eingesetzt, fraktionsübergreifend aus dem Parlament heraus eine Initiative zu entwickeln, die zu Erleichterungen und zu einer Liberalisierung der bisherigen Visapraxis mit Russland führt. Einbezogen dabei werden auch die Entwicklungen auf europäischer Ebene sowie die Einschätzung betroffener Organisationen wie Nichtregierungsorganisationen.

Erich G. Fritz im Plenum

Die Verbringung von Verteidigungsgütern und das Verbot von Rüstungsexporten unter anderem in Staaten des Nahen und Mittleren Ostens standen auch im Juni 2011 auf der Plenartagesordnung. Einmal mehr hatte Erich G. Fritz Gelegenheit, sich für eine verantwortungsvolle Rüstungsexportpolitik auszusprechen und deutlich zu machen, dass die Bundesregierung Entscheidungen über die Ausfuhr von Rüstungsgütern jeweils im Einzelfall und im Lichte der aktuellen Situation trifft. Mehr unter <http://www.erich-fritz.de/aktuelles/redebeitraege.htm>

***Mit den besten Wünschen für eine erholsame und schöne Ferienzeit grüße ich Sie herzlich,
Ihr Erich G. Fritz***